

Unterstützung erneut zugesagt

Stans Die Gemeinde verlängert Leistungsvereinbarungen und jährliche Beiträge um drei Jahre: Bistro Interculturel Nidwalden (2000 Franken jährlich), Frauen- und Müttergemeinschaft (4000), Verein Stanser Marktfahrer/Stanser Wuchemärcht (2500 und Sachleistungen), Pro Juventute Elternbriefe (2000), Verein Chäslager (9000), Harmoniemusik (7000), Verein Musiktage (25 000 und Sachleistungen), Theatergesellschaft (7500). (red)

Auf dem Podest der Familienhotels

Melchsee-Frutt Connoisseur Circle hat kürzlich das Voting der «222 besten Hotels der Schweiz 2017» abgeschlossen. Das Hotel Frutt Family Lodge erreichte dabei den dritten Platz. Die Organisation mit Sitz in Wien ermittelt jährlich in diversen Kategorien die besten Häuser. Nebst subjektiven Eindrücken und Erfahrungen von Tourismuskennern werden auch Ergebnisse des «Zufriedenheits-Feststellers» Trust You miteinander bezogen. (red)

Besonderer Freudentag für die Wiesenberger Jodler



Award Nur strahlende Gesichter gab es am Dienstagabend, als die Wiesenberger Jodler den Gold und Platin Award (wie berichtet) überreicht bekamen. Mit Dirigentin Silvia Windlin freuten sich auch (rechts von ihr) Walter Fölmi (Tonstudio) und Roli Achermann (Plattenfirma) sowie Gastredner Nationalrat Peter Keller und der Autor des erfolgreichen Stücks «Land ob de Wolke» (blaues Hemd, mittlere Reihe).

Bild: André A. Niederberger (Dallenwil, 31. Oktober 2017)

«Mit einem Ja kauft das Volk keine Katze im Sack»

Nidwalden Auch die CVP fasst als dritte bürgerliche Partei klar die Ja-Parole zur Beteiligung des Kantons mit 10 Millionen am Flugplatz. Doch es gab auch kritische Voten.

Kurt Liembd
redaktion@nidwaldnerzeitung.ch

Ist die Volksabstimmung vom 26. November über die Flugplatzvorlage schon gelaufen? Nimmt man die Parolen von Parteien als Massstab, deutet vieles auf ein Ja hin, nachdem die CVP am Montag in Oberdorf ebenfalls die Ja-Parole beschlossen hat. SVP und FDP haben dies bereits letzte Woche getan. Doch ganz so eindeutig war die Parolenfassung bei der CVP nicht. Von den 55 Anwesenden sagten 44 Ja, 7 Nein und 4 enthielten sich der Stimme. Vorausgegangen waren eine umfassende Information und eine angeregte Diskussion.

«Unredliche Kampagne gewisser Akteure»

Für Gastreferent Markus Kälin, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Airport Buochs AG, war es schon der dritte Auftritt innert Wochenfrist. In seiner Argumentation zog er alle Register. «Die-

«Ein Nein zu dieser Vorlage bedeutet ein Ja zu einer bessern Lösung.»



Viktor Baumgartner
Präsident Finanzkommission des Landrats

se Investition von 10 Millionen sichert einen selbsttragenden Betrieb und räumt dem Kanton ein vollumfängliches Mitbestimmungsrecht ein.» Die Investition sei auf das Potenzial von 20 000 Flugbewegungen zugeschnitten, und es würden keine Luxusbauten entstehen, so Kälin. Zu möglichen Risiken sagte er, dass dem Kanton damit «keine untragbaren finanziellen Risiken» entstehen würden. Er untermauerte dies mit zahlreichen Erklärungen, sparte nicht mit Kritik an die Adresse der Gegner und sagte, es laufe eine «unredliche Kampagne gewisser Akteure». Schon heute gebe es rund 18 000 Flugbewegungen und im Endausbau bloss 2000 mehr.

Unterstützung erhielt Kälin von den Regierungsräten Othmar Filliger und Josef Niederberger. «Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist diese Investition ein Muss», sagte Filliger. Die Pilatus-Flugzeugwerke seien mit Abstand der grösste Arbeitgeber im Kanton,

und für den Flugplatz Buochs sei das öffentliche Interesse klar gegeben. Baudirektor Josef Niederberger versicherte, dass sowohl Regierung wie auch Landrat und das Volk jederzeit den Stecker ziehen könnten, falls es nicht erwartungsgemäss laufen sollte. An die Adresse seiner Parteifreunde sagte Niederberger: «Stimmen Sie Ja, dann haben wir weiterhin einen Flugplatz in Nidwalden, und der gehört uns.»

Nicht gegen Flugplatz oder Pilatus

Ganz anders tönte es von Landrat Leo Amstutz (Grüne), der als Gast die Gegenargumente vertrat. Dabei betonte er, dass er nicht gegen eine künftige Mitsprache des Kantons sei und auch nicht gegen Sicherheit, volkswirtschaftliche Wertschöpfung und schon gar nicht gegen die Firma Pilatus. Seine Botschaft: «Wer Nein auf den Abstimmungszettel schreibt, verhindert, dass sich ein privates Unternehmen aus der

Staatskasse bedienen kann, jetzt und auch in der Zukunft.» Dabei sparte er nicht mit unangenehmen Aussagen: «Der Kanton will sich die Mitsprache mit 10 Millionen und einer Staatsgarantie kaufen. Das ist eigenartig und unnötig, denn er hat ganz andere Werkzeuge, um sicherzustellen, dass er auf den Flugbetrieb Einfluss nehmen kann.» Und weiter: «Mit den 10 Millionen kaufen wir uns nicht Mitsprache, sondern 8800 zusätzliche Flugbewegungen und damit über 70 Prozent mehr Lärm und Umweltbelastung.» Das habe unbestrittenermassen negativen Einfluss auf den Immobilienwert in Nidwalden.

«Das ist doch eine verkehrte Welt»

In der Diskussion erhielt Leo Amstutz gar Unterstützung vom Beckenrieder Landrat Viktor Baumgartner, dem Präsidenten der landrätlichen Finanzkommission. Baumgartner empfahl: «Ein

Nein zu dieser Vorlage ist ein Ja zu einer besseren Lösung.» Kritisch äusserte sich auch Peter Truttmann, Gemeindepräsident von Ennetbürgen. «Warum ist der Aktionärsbindungsvertrag nicht öffentlich?», fragte Truttmann. Er empfahl zwar ein Ja, meinte aber: «Das ist doch eine verkehrte Welt», wenn SVP und FDP ein Staatsengagement befürworteten und linke Parteien ein solches ablehnten.

Josef Bucher, Geschäftsführer der Genossenschaft Buochs, setzte sich vehement für ein Ja ein und untermauerte dies mit zahlreichen rechtlichen und technischen Aspekten. Parteipräsidentin Therese Rotzer betonte, dass die Zahl von jährlich maximal 20 000 Flugbewegungen ein politischer Kompromiss sei. «Mit einem Ja kauft das Volk keine Katze im Sack», sagte Therese Rotzer. Die Abstimmung liess keine Zweifel offen, dass die CVP grossmehrheitlich für eine Annahme der Vorlage ist.

Grüne sagen klar Nein zur Flugplatz-Vorlage

Nidwalden Ohne eine einzige Ja-Stimme lehnen die Grünen die Flugplatz-Vorlage geschlossen ab. An deren Versammlung hatte auch der Volkswirtschaftsdirektor keine Chance mit Pro-Argumenten.

Es gibt schönere Abende für Regierungsrat Othmar Filliger als am Dienstag, als er sich an der Parteiversammlung den harten Fragen der Grünen Nidwalden stellen musste. Besonnen stellte er gleichwohl den Standpunkt der Regierung sachlich dar. «Unsere Ziele bilden die Sicherheit und ein kostendeckender Betrieb.» Der Regierungsrat habe vorgängig verschiedene Optionen eingehend geprüft, wie die Einflussnahme des Kantons auf die Air-

port Buochs AG (Abag) am idealsten gewährleistet sei. Das Beste sei eine 50-Prozent-Beteiligung. «Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist diese Investition von 10 Millionen ein Muss, denn der Flugplatz hat für Nidwalden eine sehr grosse Bedeutung.» Und dazu soll der Kanton etwas zu sagen haben, so Filliger.

Nach seinen Ausführungen blieb ihm jedoch ein rauher Wind entgegen. In einem Kurzreferat sprach sich Benno Zurfluh (Grü-

ne) vehement gegen die Vorlage aus. «Diese Beteiligung ist ein Hochrisikospiegel und ein Griff in die Staatskasse.» Zurfluh, einst Lehrling bei den Pilatus-Flugzeugwerken und nach eigenen Aussagen fasziniert von der Fliegerei, zeigte auf, dass andere Flugplätze wie Bern-Belp oder Dübendorf eine massiv kleinere Staatsbeteiligung haben. An die Adresse der Regierung stellte er die Frage, weshalb hier 10 Millionen «zum Fenster rausgeworfen

werden» und gleichzeitig andernorts Mittel für wichtige Aufgaben fehlten. Der Regierungsrat müsse sich entscheiden, ob er einen «Regierungshut oder eine Pilotenkappe» aufsetzen wolle. «Eine Beteiligung des Kantons würde zu einem klassischen Rollenkonflikt führen.» Wohin ein Vorpreschen des Kantons führen könnte, zeigte Zurfluh am Beispiel der Firma Mondobiotech, welche trotz grossmündiger Versprechungen und Gutgläubigkeit

der Regierung gescheitert sei. «Das will ich nicht noch ein zweites Mal erleben», so Zurfluh.

In der Diskussion gab es viele kritische Voten – etwa zum Hangar (Filliger: «Das ist ein gutes Geschäft»), zur Erhöhung der Flugbewegungen bis 20 000 pro Jahr, zum Aktionärsbindungsvertrag, zu Kompetenzen, Mitsprache und Glaubwürdigkeit. Was die Obergrenze von 20 000 Flugbewegungen betrifft, sagte ein Votant, der Bundesrat habe da-

mals auch gesagt, es würden keine 40-Tonner-Lastwagen durch den Gotthard fahren. Integrierend wirkte das Schlusswort von Parteipräsident Leo Amstutz: «Grüne Politik soll ruhig ärgern, aber auch Freude machen.» Die Parolenfassung liess keine Zweifel offen, wie die Partei positioniert ist: 22 stimmten Nein, einer enthielt sich, Ja gab's keines.

Kurt Liembd
redaktion@nidwaldnerzeitung.ch